



09.09.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die parlamentarische Sommerpause ist zu Ende – und gleich stand wieder eine volle Haushalts-Sitzungswoche auf dem Programm. Viele Menschen geben gerade ihr Bestes um klarzukommen, aber nicht alle können die steigenden Kosten alleine stemmen. Gerade ihnen müssen wir helfen. Den Menschen zu helfen, die es am dringendsten brauchen, war auch die Maßgabe beim Entlastungspaket, das letztes Wochenende beschlossen wurde. Unsere Botschaft ist klar: Wir lassen niemanden alleine in der Krise. Nur gemeinsam können wir als Gesellschaft diese Krise solidarisch meistern.

Wir sorgen dafür, dass die Energiepreise sinken:

- Die EEG-Umlage ist für alle ab dem 01.07. weggefallen und hat die Stromkosten gesenkt.
- Wir werden eine Strompreisbremse einführen, indem wir einen Grundbedarf an Strom sicher und preiswert für alle bereitstellen. Damit entlasten wir alle Haushalte, sowie kleine Unternehmen, soziale Einrichtungen, wie Pflegedienste, Tages- und Altenpflegeeinrichtungen, Reha-Einrichtungen oder Krankenhäuser mit Versorgervertrag.
- Durch die Aussetzung der Erhöhung des CO₂-Preises entlasten wir alle Haushalte und Unternehmen ab dem 01.01.2023. Geplant war eine Erhöhung von 5€ pro Tonne CO₂.

Wir entlasten Bürgerinnen und Bürger:

- Rückwirkend zum 01.01.2022 haben wir den Steuerfreibetrag um 363€ und den Arbeitnehmerpauschbetrag um 200€ erhöht. Den Steuerfreibetrag erhöhen wir zum 01.01. 2023 erneut um 285€
- Die Entfernungspauschale für Fernpendler haben wir auf 38 Cent pro Kilometer rückwirkend für das Jahr 2022 erhöht.
- Damit es aufgrund der Inflation nicht zu höheren Steuern kommt, passen wir den Einkommenssteuertarif an und sorgen für einen Abbau der kalten Progression. Hiervon werden 2023 48 Millionen Menschen profitieren.
- Wir sorgen dafür, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihren Beschäftigten einen steuer- und abgabefreien Bonus von bis zu 3000€ zahlen dürfen.
- Mieterinnen und Mieter, die die gestiegenen Nebenkosten nicht bezahlen können werden wir durch eine Mietrechtsänderung besonders schützen. Zudem werden wir das Energierecht anpassen, sodass niemandem Sperrungen von Strom und Gas drohen.

Wir unterstützen Bürgerinnen und Bürger direkt:

- Mit dem ersten Heizkostenzuschuss haben alle Wohngeldempfängerinnen und –empfänger 270€ (Haushalt mit 2 Personen 350; für jede Person zusätzlich noch einmal 70€) erhalten.
- Durch die Reform des Wohngelds erweitern wir den Bezugskreis auf zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger
- Zudem gibt es einen erneuten Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen und –empfänger in Höhe von 415€ für einen 1-Personen-Haushalt (540€ für zwei Personen; für jede weitere Person zusätzliche 100€). Ab dem 01.01. wird dieser Zuschuss dauerhaft in das Wohngeld integriert.
- Azubis und Studierende im Bafög-Bezug haben 230€ als Heizkostenzuschuss erhalten.

- Alle Familien haben einen Kinderbonus von 100€ pro Kind erhalten.
- Menschen im Grundsicherungsbezug haben einmalig 200€ erhalten.
- Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten mit ihrem Septembergehalt die Energiepreispauschale in Höhe von 300€ brutto.
- Rentnerinnen und Rentner erhalten zum 01.12. ebenfalls die Energiepreispauschale von 300€
- Studierende erhalten eine Energiepreispauschale von 200€.
- Für Familien erhöhen wir das Kindergeld um 18€ für das erste und zweite Kind und den Kinderzuschlag auf 250€ zum 01.01.2023 – Das bedeutet für eine Familie mit zwei Kindern ein Plus von 864€ in den kommenden beiden Jahren.

Wir sichern Arbeitsplätze und Unternehmen:

- Wir werden das bewährte Instrument der Kurzarbeit erneut verlängern.
- Mit dem neuen Bürgergeld werden wir ab dem 01.01. den Regelsatz auf ca. 500€ erhöhen und eine neue Vertrauenskultur zwischen Jobcentern und arbeitssuchenden Menschen schaffen und dafür sorgen, dass der Regelsatz schneller an Inflation und Preisdruck angepasst werden kann.
- Durch KfW-Kredite sorgen wir dafür, dass Unternehmen nicht in die Insolvenz fallen, sondern kurzfristige Liquidität erhalten können.

Starke Schultern müssen mehr tragen als kleine. Das ist unsere feste Überzeugung und macht eine solidarische Gesellschaft aus. Deshalb werden wir eine Übergewinnsteuer auf Zufallsgewinne einführen. Viele Stromproduzenten haben aktuell hohe Gewinne, obwohl ihre Erzeugungspreise gleich geblieben sind. Durch die Abschöpfung dieser Zufallsgewinne, können wir die Entlastungspakete gerecht finanzieren. Wir werden die Situation weiterhin genau beobachten: Sollte es nötig werden, werden wir weitere Maßnahmen, insbesondere Rettungsschirme für soziale Einrichtungen aufspannen. Wichtig ist: Niemand wird alleingelassen. Das hat Olaf Scholz am Mittwoch in seiner Rede deutlich gemacht.

Wir haben gestern das Covid19-Schutz Gesetz angepasst und damit die Regelungen des Infektionsschutzgesetzes verlängert. Bundesweit wird eine FFP2-Maskenpflicht in allen besonders sensiblen Bereichen gelten, wie Alten- und Pflegeheimen, Kliniken und Arztpraxen. Auch in Zügen wird weiterhin eine Maskenpflicht gelten. Zudem wird in Pflegeheimen und Kliniken ein negativer Test benötigt werden, um Zutritt für zum Beispiel einen Besuch zu bekommen. Ab dem 01.10. können die Bundesländer weitere Maßnahmen ergreifen: Hierzu kann zum Beispiel eine Maskenpflicht in öffentlichen Räumen gelten, die durch einen negativen Test aufgehoben werden kann. Auch an Schulen und Kitas können die Länder Tests vorschreiben. Sollten sich die Infektionszahlen negativ entwickeln können die Landtage weitere Maßnahmen ergreifen, wie Maskenpflichten auch bei Veranstaltungen im Freien oder Besucher-Obergrenzen für Innenveranstaltungen. Corona ist noch nicht vorbei. Unser Ziel ist es, die Gesundheit von allen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin bestmöglich zu schützen und die Länder in die Lage zu versetzen, auf die kommenden Wellen bestmöglich reagieren zu können. Zudem haben wir das Kinderkrankengeld erneut bis Ende 2023 verlängert. Eltern haben weiterhin einen Anspruch auf 30 Tage Krankengeld, wenn das Kind erkrankt oder wegen der Pandemie nicht zur Schule gehen kann und betreut werden muss. Das ist ein wichtiges familienpolitisches Signal. Wir haben Kinder und Eltern gemeinsam im Blick. Für Alleinerziehende besteht der Anspruch für 60 Tage im Jahr.

Mit dem eingebrachten Bundeshaushalt starten wir jetzt in die Haushaltsberatungen in den kommenden Wochen. Wir wollen die großen Herausforderungen sozial gerecht und nicht zu Lasten der Schwächsten bewältigen. Für die Sicherung der Energieversorgung stellen wir 5,4 Milliarden Euro bereit. Zudem steigern wir unsere Investitionsausgaben auf ein neues Rekordniveau: Bis 2026 investieren wir rund 265.6 Milliarden Euro, damit die Transformation in eine nachhaltige und klimaneutrale Zukunft gelingen kann. In den Haushaltsberatungen wird es in den kommenden Wochen darum gehen unsere Themen im Haushalt fest zu verankern. Uns ist es sehr daran gelegen, dass Programme, die unverständlicherweise gestrichen wurden, wie beispielsweise die Sprach-Kitas, die ein fester und wichtiger Bestandteil für die sprachliche Frühförderung sind, weitergeführt werden. Hierfür werde ich mich in den Haushaltsberatungen stark machen.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt